

Memorandum: Kulturtourismus und Entwicklung

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) spielt der Tourismus als Handlungsfeld bisher eher eine untergeordnete Rolle. Zwei Anträge von den Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die 2007 in den Bundestag eingebracht wurden, fordern jetzt ein verstärktes Engagement bei der Förderung des Tourismussektors in Entwicklungsländern (EL). Anlässlich der Konferenz ‚Kulturtourismus und nachhaltige Entwicklung‘, zu der die Cultur Cooperation im Oktober Experten aus der EZ, der Forschung und Tourismuswirtschaft eingeladen hatte, wurden auch die zentralen Thesen der beiden Anträge diskutiert. Die Ergebnisse der Debatte und die Empfehlungen der Experten möchten wir den Parteien und anderen Entscheidungsträgern zur Kenntnis geben.

I. Kulturelle Bedeutung des Reisens

Fernreisen fördern den interkulturellen und interreligiösen Dialog

Die Frage, ob und in welcher Form Fernreisen eine Chance für interkulturelle Begegnung und Verständigung bieten, wie in den Anträgen der Parteien übereinstimmend festgestellt, oder eher dazu beitragen, vorhandene Vorurteile zu festigen, ist unter Fachleuten höchst umstritten.

Für die Mehrheit der Fernreisenden gilt, dass sie zwar eine Begegnung mit den Bewohnern des Urlaubslandes wünschen, diese Begegnungen aber meist sehr oberflächlich verlaufen. Viel gebuchte, jedoch schlecht vorbereitete „Meet the People“-Programme, die auf beiden Seiten mit ungeklärten Erwartungen beladen sind, können keinen interkulturellen Dialog ermöglichen. Auf dem Symposium wurde deshalb davor gewarnt, die Wirkung von touristischen Begegnungen mit Erwartungen zu überfrachten. Dass der Tourismus geeignet sei, Vorurteile zu korrigieren, ist nach Ansicht der Experten eine Illusion. Unter der Voraussetzung, dass die Begegnung von beiden Seiten gewünscht wird, die Treffen gut vorbereitet und moderiert werden, können Begegnungsprogramme jedoch konfliktfrei verlaufen und Bereitschaft und Kompetenz zum Umgang mit Fremdem fördern.

Tourismus fördert den Erhalt und die Wiederbelebung traditioneller Kultur

Über die Wirkung des Tourismus auf die Kulturen der bereisten Länder werden bisher zwei Positionen vertreten. Während die Pessimisten davor warnen, dass bei Fernreisen die Kultur einem erheblichen Anpassungsdruck ausgeliefert ist und droht, so endgültig zerstört zu werden, vertritt die andere Seite die eher euphorisch klingende Ansicht, dass der Tourismus die Kulturen schützt und zur Wiederbelebung traditioneller Kulturen beiträgt. Beide Thesen, die auch in Anträgen der Fraktionen enthalten sind, wurden im Rahmen des Symposiums kontrovers diskutiert. Kritisiert wurde vor allem, dass beide Annahmen auf einem veralteten Kulturbegriff basieren, der Kultur nicht als (Kommunikations-)Prozess begreift, der permanente Veränderung hervorbringt, sondern diese als statisches Gebilde sieht. Dass die Tourismusindustrie bei Fernreisen vor allem dem Bedürfnis der Kunden entspricht und traditionelle Elemente der Kultur vermarktet, ist nachvollziehbar. Dabei werden aber auch Traditionen reproduziert, die längst überwunden waren und nur noch folkloristisch inszeniert werden, was die Touristen dann für „authentisch“ halten.

Was erhaltenswert ist oder nicht, ob bestimmte Rituale verworfen werden oder durch moderne Formen ersetzt werden, sollte jedoch die Bevölkerung in den EL selbst bestimmen. Wenn der Tourismus dazu beitragen soll, das interkulturelle Bewusstsein der Reisenden zu schärfen, muss den Touristen ein realistisches Bild der besuchten Länder vermittelt werden. Die Voraussetzung dafür - ein respektvoller Umgang mit der Kultur der bereisten Länder - besteht auch darin, dass die Kulturen in ihrer Vielfalt, d.h., auch in ihren modernen Ausdrucksweisen wahrgenommen werden.

II. Tourismus als Mittel der Armutsbekämpfung

Ob und wie die beeindruckende Bilanz des Tourismussektors in den EL, der kontinuierlich hohe Wachstumsraten verzeichnet, konkret zur Minderung der Armut beiträgt, wurde von den anwesenden Experten erwartungsgemäß höchst unterschiedlich bewertet.

So vertrat Klaus Lengefeld (GTZ) die Ansicht, dass die ökonomische Bedeutung des Massentourismus durchaus im Rahmen der Armutsbekämpfung genutzt werden könnte und verwies auf die Arbeitsplätze und das Einkommen, sowie den Umsatz an lokalen Produkten, die gerade auch der Mainstream-Tourismus in All-Inclusive-Anlagen generiert.

Dina Bauer vom forum anders reisen plädierte dafür, verstärkt den Community Based Tourism und mittelständische Unternehmen aus der Tourismusbranche in den EL zu fördern. Auch Matthias Sorke (Gebeco) verwies darauf, dass vor allem die lokale Strukturen (Zulieferer, Dienstleister u.ä.) durch die touristische Wertschöpfungsketten unterstützt werden könnten.

Harald Friedl (FH Joanneum, Bad Gleichenberg) machte deutlich, dass die Steuerung des Tourismus auch die Möglichkeit bietet, Prozesse des gesellschaftlichen Wandels positiv im Sinne der Nachhaltigkeit zu beeinflussen.

Heinz Fuchs von der Arbeitsstelle TourismWatch im Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) legte Wert darauf, dass der Tourismus schon deshalb kein Instrument zur Armutsbekämpfung sein kann, da Armut nie nur monetäre Armut ist. Nötig sei aber die Steuerung des Tourismus durch den Staat, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der lokalen Unternehmen.

Weitgehend übereinstimmend war jedoch die Einschätzung, dass einer Expansion des Tourismus in den EL schon deshalb klare Grenzen gesetzt sind, weil der Tourismus maßgeblich auf natürlichen Ressourcen beruht, die weder vermehrbar noch unbegrenzt belastbar sind. Die Einschätzung, dass der Ausbau des „nachhaltigen Tourismus als Beitrag zur Erfüllung der Millennium Entwicklungsziele, insbesondere der Halbierung der Armut“ ein geeignetes Instrument darstellt, wie von der Fraktion der Grünen formuliert, scheint deshalb völlig überzogen.

Empfehlungen:

Um das Potenzial des Tourismus als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung einschätzen zu können, muss die Wirkung des Tourismus unter ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Aspekten, d.h. hinsichtlich der Nachhaltigkeit, in verschiedenen Regionen systematisch untersucht werden. Dazu sollte vor allem die Forschung an Universitäten gezielt gefördert werden.

III. Tourismus in der Entwicklungszusammenarbeit

Da aussagekräftige Studien über die touristische Wertschöpfungskette auch nach Ansicht der Bundestagsfraktionen fehlen, ist es schwer nachvollziehbar, dass die Parteien zum jetzigen Zeitpunkt darauf drängen, der Tourismusförderung einen größeren Stellenwert in der EZ einzuräumen. So sollten nach Ansicht der Grünen: „Partnerländer im Rahmen der bilateralen EZ dazu ermutigt werden, den Tourismussektor verstärkt in ihre nationalen Armutsbekämpfungsstrategien zu integrieren“ und die Regierungsfractionen schlagen vor, „den Tourismus auf Wunsch der Partner zu einem Schwerpunkt der EZ zu machen“.

Bei der Konferenz wurden Projekte der GTZ und des DED vorgestellt, die konkret der Förderung des Kulturtourismus dienen. Die von den Partnern gewünschte Tourismusförderung ist jedoch nur eine Komponente beider Projekte, die dazu beitragen soll, das kulturelle Erbe für die touristische Wertschöpfungskette nachhaltig zu nutzen.

Unabhängig davon, dass für beide Projekte keine Untersuchungen darüber vorliegen, welche Beschäftigungs- oder Einkommenseffekte diese Projekte tatsächlich für die lokale Bevölkerung haben, bestand Einvernehmen, dass solche Maßnahmen in der bilateralen EZ förderungswürdig sind. Es sollte dabei nicht um die Beschleunigung von Wachstumsprozessen gehen, sondern um die

Förderung einer differenzierten, am Allgemeinwohl und an (Nachhaltigkeits-)Prinzipien wie Partizipation, (kulturelle und ökologische) Ressourcenschonung und wirtschaftliche Integration orientierten Entwicklung des Tourismus. Als Problem erwies sich jedoch die fehlende Transparenz, welche Formen des Tourismus in verschiedenen Ländern heute bereits unterstützt werden.

Empfehlungen

Es sollte klargestellt werden, dass der Staat keine Tourismusförderung macht!

Als Schwerpunkt oder eigenständiger Sektor der EZ kommt der Tourismus nicht infrage, da er eine Querschnittsaufgabe mit Berührungspunkten in allen Sektoren darstellt. Dennoch bleibt der Tourismus integraler Bestandteil verschiedener Projekte der EZ und sollte vor allem genutzt werden, um die Entwicklung des Tourismussektors in den EL zu steuern. Dafür sollten zentrale Handlungsfelder, wie die Aus- und Weiterbildung lokaler Fachkräfte im Tourismusmanagement oder die Implementierung von Öko- und Sozialstandards in der Tourismusindustrie geprüft und festgelegt werden. Für Länder, in denen der Tourismus ein wichtiger Faktor ist, müssen, wenn gewünscht, angemessene Ressourcen zur Verfügung stehen, um entsprechende Programme zur nachhaltigen Regulierung des Tourismus durchzuführen.

Die tourismusrelevanten Aktivitäten der verschiedenen Träger müssen zukünftig koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.

Weitergehende Empfehlungen:

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit verstärken

Der Ferntourismus und seine Folgen müssen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, vor allem in Schulen, verstärkt aufgegriffen werden. Bildungskampagnen sollten genutzt werden, die Verbraucher dafür zu sensibilisieren, die respektvolle Begegnung mit den Einheimischen und den verantwortungsbewussten Umgang mit deren Ressourcen im Sinne einer nachhaltigen Tourismusentwicklung als positiven Mehrwert einer Reise wahrzunehmen

Faires Reisen

Um der wachsenden Nachfrage nach fairen Angeboten gerade bei Fernreisen in EL gerecht zu werden, sollten den Kunden vermehrt Orientierungshilfen angeboten werden.

Obwohl die Zertifizierung von fairen Reiseangeboten aufgrund der Komplexität des Dienstleistungssektors Tourismus nach Ansicht der Experten besonders schwierig ist, sollten entsprechende Initiativen zur Entwicklung von Kriterien und Standards in Kooperation mit den Tourismusunternehmen in den Partnerländern gezielt gefördert werden.

Mangelnde Kohärenz der Politik

Die besondere Bedeutung von Kulturerbestätten und historischen Städten für den Tourismus in EL ist allseits anerkannt und wird auch im Rahmen der bilateralen EZ durch verschiedene Maßnahmen zur Restaurierung von historischen Altstädten oder der finanziellen und wissenschaftlichen Beteiligung an Ausgrabungen gezielt gefördert. Dass die Bundesregierungen in den letzten Jahren gleichzeitig staatliche Kreditbürgschaften für Staudammprojekte wie in der Türkei oder Syrien bewilligt haben, die nach Ansicht aller Experten mit der systematischen Zerstörung bedeutendster kulturhistorischer Landschaften einhergeht, ist nicht hinnehmbar. Die gemeinsame Verantwortung für den Erhalt des Weltkulturerbes darf nicht zur bloßen Floskel verkommen, wenn deutsche Bauunternehmen mitverdienen. Hier hat die Politik ein erhebliches Glaubwürdigkeitsdefizit.

Weitere Erläuterungen zu den Debatten und Ergebnissen des Symposiums liefern die Beiträge in dem beiliegenden IKA-Heft.